

Probleme und Möglichkeiten der politischen Urteilsbildung

Theorie und Praxis der politischen Bildung stimmen weitgehend in der Forderung überein, daß es eine Hauptaufgabe des politischen Unterrichts ist, Schülerinnen und Schüler zur politischen Urteilsbildung zu befähigen. Im Unterricht selbst haben sich allerdings die politische Urteilsbildung sowie die Diskussion über normalerweise differierende Urteile als eines der schwierigsten Probleme überhaupt herausgestellt. Erfahrungen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie in der Lehrerfort- und -weiterbildung zeigen denn auch, daß in der Planung von Politikunterricht die Aufgabe der Urteilsbildung zwar regelmäßig aufgenommen wird, im Unterricht selbst aber widmen Lehrerinnen und Lehrer dieser Aufgabe nur wenig Aufmerksamkeit. Häufig endet der Unterricht, ehe Schülerinnen und Schüler zu einem selbständigen, begründeten Urteil gelangt sind und bevor über die jeweiligen Urteile ausreichend diskutiert werden konnte. Dennoch urteilen Schülerinnen und Schüler, implizit oder explizit, ständig im Politikunterricht über Politik. Die Urteilskriterien, die sie dabei, meist unreflektiert, verwenden, sind ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

1. Ihre eigenen individuellen Interessen (z.B. bringt eine politische Entscheidung mir Vor- oder Nachteile?).
2. Weitgehend abstrakte moralische Werte (z.B. halte ich das Ergebnis für gut oder schlecht?).
3. Ideologische Versatzstücke (z.B. entspricht eine bestimmte Entscheidung meinem Weltbild?) und
4. Sympathien und Vertrauen für Personen, die mit einer bestimmten Politik verbunden sind (z.B. ist mir die Person, die eine bestimmte Politik vertritt, sympathisch, vertraue ich ihr, oder ist sie mir unsympathisch und mißtraue ich ihr?).

Die Aufgabe der Lehrerin und des Lehrers im Politikunterricht besteht nun darin, an diesen bei Schülerinnen und Schülern immer schon vorhandenen, zum Teil rationalen, zum Teil auch emotionalen oder irrationalen Urteilskriterien anzuknüpfen, sie zu ordnen und ins Bewußtsein zu heben, sie vorsichtig zu erweitern und die Schülerinnen und Schüler mit zusätzlichen Urteilskriterien vertraut zu machen. Dies kann nur gelingen, wenn Lehrerinnen und Lehrer selbst über ein Ensemble von Urteilskriterien und Urteilskategorien verfügen, in dem unterschiedliche Ebenen und Perspektiven der Urteilsbildung verknüpft sind. Sie benötigen eine komplexe Urteilsstruktur, die über die ihrer Schülerinnen und Schüler hinausgeht.

Wenden sich Lehrerinnen und Lehrer in dieser Situation um Hilfe an die Fachdidaktik, wird ihnen sehr schnell deutlich, daß sich hinter der schlichten Formel „Politische Urteilsbildung als Aufgabe des Politikunterrichts“ in der Regel sehr komplexe und komplizierte Konzeptionen verbergen, die auf unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Grundlagen beruhen, von verschiedenen theoretischen Ansätzen ausgehen und entsprechende divergierende methodische Vorschläge für die politische Urteilsbildung im Unterricht enthalten. 1)

Wie das Problem der politischen Urteilsbildung im einzelnen gelöst wird, läßt sich nur schlüssig im Zusammenhang mit der jeweiligen fachdidaktischen Konzeption insgesamt verstehen und beantworten. Wollen sich also Lehrerinnen und Lehrer mit dem Stand der fachdidaktischen Diskussion zu diesem Problem vertraut machen, bleibt ihnen nur übrig, sich mit den jeweiligen Konzeptionen intensiv auseinanderzusetzen. Dies kann ihnen letztlich nicht abgenommen werden. Trotzdem soll hier der Versuch gemacht werden, jenseits aller Unterschiede im einzelnen einige Grundfragen der politischen Urteilsbildung anzusprechen und Möglichkeiten aufzuzeigen, die

Lehrerinnen und Lehrern für den Unterricht eine erste Orientierung bei dieser schwierigen Aufgabe geben können.

Im Politikunterricht sollen Schülerinnen und Schüler lernen, politische Sachverhalte mit dem Ziel einer Handlungsorientierung zu analysieren und zu bewerten. „Urteilsfähigkeit ist die Voraussetzung für Partizipationsfähigkeit. Ohne ein eigenes, begründetes Urteil über politische Programme, Leistungen, Personen kann der Bürger an Politik nicht so teilnehmen, daß er seine eigenen wohlverstandenen Interessen fördert. Er wird manipuliert, wird Objekt einer Politik, die anderen nützen mag, aber keine Gewähr dafür bietet, daß sie seinen eigenen Interessen entspricht“ 2). Eine der Voraussetzungen, sich selbst als Subjekt in die Politik einbringen zu können, ist also die Fähigkeit zur politischen Urteilsbildung. Politische Urteilsbildung in einer Demokratie erfordert aber über diesen individuellen Aspekt hinaus noch mehr. „Zur Entwicklung des demokratischen Bewußtseins gehört unabdingbar die Möglichkeit, aktuelle politische Herausforderungen regelmäßig und gesichert am Anspruch, an den Normen und Gestaltungsmöglichkeiten unseres demokratischen Staatswesens und seiner gesellschaftlichen Strukturen messen zu können.“ 3) Andererseits darf der Politikunterricht bei der politischen Urteilsbildung Schülerinnen und Schüler auch nicht überfordern. Es kann dabei sicherlich nicht darum gehen, unumstrittene Lageanalysen oder sichere Lösungen der politischen Gestaltungsprobleme zu liefern.⁴) Politischer Unterricht kann lediglich versuchen, Mindestkriterien zur Beurteilung von Analysen, Lösungsvorschlägen und Entscheidungen zu vermitteln und Anregungen zum rationalen Nachdenken über eigene Analyse- und Lösungsvorschläge zu geben. Ein solches Mindestkriterium ist die Forderung, daß politische Urteile sich vor der Ratio ausweisen können, kurz: sie müssen begründet sein und sich im Dialog erörtern lassen. Trotzdem werden sie sich ungeachtet ihrer Rationalität unterscheiden. Politischer Unterricht zielt also nicht auf den Inhalt von politischen Urteilen - im Gegenteil, er sollte so angelegt sein, daß Schülerinnen und Schüler zu unterschiedlichen Urteilen kommen können. Er zielt auf den Weg, der zu politischem Urteilen führt, nicht auf das Urteil selbst. Wenn nun ein Mindestkriterium für politische Urteile darin zu sehen ist, daß sie im Dialog erörtert werden können, folgt daraus, daß die Grundlagen des politischen Urteils, d.h. die Bewertungsmaßstäbe, offengelegt werden müssen, die zu dem jeweiligen Urteil geführt haben. Politischer Unterricht hat dann zuallererst die Aufgabe, Kriterien der Urteilsbildung zu vermitteln. Solche Kriterien der Urteilsbildung lassen sich jedoch nicht völlig unabhängig von dem grundlegenden Verständnis des politischen Unterrichts selbst, sondern nur in engem Zusammenhang damit entwickeln. Wenn wir hier davon ausgehen, daß eine wesentliche Form des politischen Unterrichts der problemorientierte Politikunterricht ist, hat dies auch Folgen für die Urteilsbildung. Im Mittelpunkt eines solchen Politikunterrichts steht der „an gesellschaftlichen Problemen und ihrer Bewältigung orientierte politische Entscheidungsprozeß“. Der Unterricht beschäftigt sich mit konkreter realer Politik. Dabei kommen „die gesellschaftlich-politischen Probleme der Gegenwart und Zukunft ebenso in den Blick wie grundlegende Wertvorstellungen, historisch entwickelte Formen ihrer institutionellen Absicherung, Rahmenbedingungen, Strukturen und Triebkräfte des politischen Handelns. Nicht in abstrakter Systematik, sondern auf realitätsbezogene Weise werden im Unterricht Kenntnisse und Erkenntnisse darüber erarbeitet; sie bilden das „Material“ dafür, daß wir Maßstäbe für politische Urteile vermitteln, Möglichkeiten der Bewertung konkreter Politik „dialogisch“ erörtern und finden und damit den Boden bereiten können für die handlungswirksame Aufnahme grundlegender Werte rechtsstaatlicher und sozialer Demokratie, ohne daß sich dies in moralisierendem oder subjektivem Räsonnieren erschöpft“. 5) Die Kriterien der politischen Urteilsbildung sind jedoch nicht nur abhängig vom grundlegenden Verständnis des Politikunterrichts, sondern auch vom Politikbegriff,

der dem Unterricht zugrundeliegt, und von der spezifischen Zugangsweise, mit der Politik erschlossen und prägende Elemente des Politischen erarbeitet werden. Wähle ich z.B. als Zugangsweise für meinen politischen Unterricht die drei Dimensionen des Politischen 6), dann geht es in der politischen Urteilsbildung um die „Gewißheit der Normen und notwendigen Institutionen und Regelwerke (polity), und es geht um die Formen der politischen Auseinandersetzungen (politics). An diesem Anspruch sind die policies (die Politik`inhalte' oder auch Politik`felder')... zu messen“. 7) Wähle ich den Politikzyklus 8) als Zugangsweise, bedeutet dies für die politische Urteilsbildung folgendes:

Der Politikzyklus ist zum einen ein empirisches Analyseinstrumentarium, mit dessen Hilfe politische Wirklichkeiten und politische Möglichkeiten erschlossen werden können. Auf diese Weise läßt sich zunächst das notwendige Wissen aneignen, das die grundlegende Voraussetzung jeglicher Urteilsbildung ist. Der Politikzyklus und der ihm zugrundeliegende Politikbegriff sind allerdings nicht nur ein empirisches Analyseinstrument, sondern enthalten auch eine Vielzahl normativer Elemente, die zur Struktur eines Bewertungsmaßstabes verdichtet werden können. Der gesamte Politikzyklus und die in ihm enthaltenen Grundkategorien – Problem – Auseinandersetzung – Entscheidung – Umsetzung der Entscheidung – Bewertung der Entscheidung – Neue Probleme – beziehen sich auf eine Situation, die sich als Problem erfassen läßt und die im Hinblick auf ihren Beitrag zur Veränderung dieser Situation (Problemlösung) beurteilt werden können. Die analytische Untergliederung des Politikzyklus verweist im Grunde auf ein entscheidungstheoretisches Modell. Dabei wird Entscheidung als komplexer Handlungsprozeß verstanden, auf den eine Reihe von Faktoren (Macht, Interessen, Werte und Ideologien usw.) einwirken, die sich wechselseitig stimulieren, prägen und beeinträchtigen können, und bei dem Konflikt- und Konsensbildungsprozesse eine zentrale Rolle einnehmen. Nun sind zwar in allen Phasen des Politikzyklus auch Urteils- und Bewertungsfragen enthalten (so könnte z.B. die Kategorie Auseinandersetzung mit Hilfe der Bewertungskriterien Transparenz und Partizipation beurteilt werden), die zentrale politische Urteilsaufgabe ergibt sich jedoch erst aus der Zusammenschau aller wichtiger Faktoren und ist angesiedelt im Spannungsfeld Problem - Entscheidung (Problemlösung). Politik wird also beurteilt nach dem zentralen Kriterium Problemlösungsfähigkeit. Um dieses Kriterium als methodisches Instrumentarium der Urteilsbildung handhabbar zu machen, ist es erforderlich, es weiter aufzufächern und die ihm zugrunde liegende Struktur herauszuarbeiten. Diese umfaßt die Urteilstebene politisch-gesellschaftliche Rationalität mit ihren zwei Dimensionen Effizienz und Legitimität sowie drei Perspektiven der Beurteilung. Diese Dimensionen und Perspektiven der Beurteilung und Bewertung akzentuieren jeweils anderes, schließen sich aber gegenseitig nicht aus, sondern bilden in ihrer Gesamtheit ein Urteilsraster, das je nach individueller Schwerpunktsetzung unterschiedliche politische Urteile möglich macht. Davon handelt die nächste Folge.

Peter Massing

Anmerkungen:

- 1) Vgl.: Wolfgang Sander, Effizienz und Emanzipation. Prinzipien verantwortlichen Handelns. Eine Grundlegung zur Didaktik der politischen Bildung. Opladen 1984
- 2) Dieter Grosser, Politische Bildung. München 1977, S. 58f.
- 3) Recklinghausener Appell der Deutschen Vereinigung für politische Bildung vom Februar 1989

- 4) Vgl.: Dieter Grosser, Schwierigkeitsgrade beim Urteilen über Politik; in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.), Konsens und Dissens in der politischen Bildung. Stuttgart 1987, S. 165-177.
- 5) Peter Massing/Werner Skuhr, Die Sachanalyse - Schlüssel zur Planung für den Politikunterricht; in: Gegenwartskunde II, 1993.
- 6) Vgl.: Gotthard Breit, Die Arbeit mit den drei Dimensionen des Politischen - Vor- und Nachteile; in: Wochenschau *methodik* Nov./Dez. 1993.
- 7) Vgl.: Peter Massing, „Politik als Prozeß der Problemverarbeitung“. Arbeitsbegriff und Analysemodell I und II; in: Wochenschau *methodik* Jan./Feb. 1994 und April/Mai 1994.
- 8) Hans-Hermann Hartwich, Die 'Herausforderungen' des technisch-wirtschaftlichen Wandels und ihre 'kategoriale Bewältigung' durch Politikwissenschaft und politische Bildung; in: Herausforderungen Antworten. Politische Bildung in den neunziger Jahren. Wolfgang Hilligen zum 75. Geburtstag, herausgegeben von Bernhard Claußen, Walter Gagel, Franz Neumann. Opladen 1991, S. 92.

Aus: Methodik zu WOCHENSCHAU-Themenheft 4/1994